

Dresdner Volkszeitung

Verlagskontor: Beßels
Raben & Komp., Nr. 20615.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto:
Gbr. Kniphof, Dresden.

Abonnementspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Dringerraten monatlich 1,50 M. Durch die Post bezogen wochentlich 4,50 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-ungarn 7,10. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Bettendorferplatz 10. Tel. 25261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Bettendorferplatz 10. Tel. 25261.
Verlagszeitung von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

Inserate werden die 7spaltige Zeitspalt mit 50 Pf. berechnet. Bei dreimonatiger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Berechnungen. Inserate müssen bis spätestens 1/2 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 25.

Dresden, Freitag den 31. Januar 1919.

30. Jahrg.

Die schwere Last,

die der Krieg nicht nur dem Reiche, sondern auch dem Staate und den Gemeinden eingetragen hat, muß gedeckt und getilgt werden.

Neue Steuern werden die Folge sein. Mehr als je muß deshalb die Wählerschaft beforgt sein, daß

ein gerechtes Steuersystem

durchgeführt wird, das die Armut entlastet, den Mittelstand schon und den Reichen um so ausgiebiger besteuert, je größer er ist. Wer gibt die Gewähr dafür?

Nur die Sozialdemokratie!

Darum wählt die

Liste Fräßdorf-Gindermann u. Genossen!

Der Aufbau der Verfassung.

Die Verhandlungen der Reichsregierung mit dem Ausschuss der Bundesstaatenvertreter haben einen sehr glücklichen Ausgang genommen, der in dem vorliegenden Entwurf einer provisorischen Reichsverfassung zum Ausdruck kommt. Dieser provisorische Reichsverfassung soll den Beschlüssen der Nationalversammlung über die endgültige Reichsverfassung nicht vorgreifen, er soll nur den leeren Raum ausfüllen, der zwischen dem Verfassungsentwurf und ihrer Beendigung sonst entstehen würde. Der provisorische Verfassungsentwurf umfaßt kurze neun Paragraphen, er ist in seinem Inhalt klar und durchsichtig, so daß er wohl von der Nationalversammlung gleich zu Beginn ihrer Arbeiten in bloc angenommen werden könnte. Von diesem Augenblick an werde Deutschland nach einer verfassungsgleichen Zeit von drei Monaten wieder ein Staatsgrundgesetz haben.

Dieses Staatsgrundgesetz wäre ein Gerüst, das solange zu bestehen hat, bis die eigentliche neue Verfassung vollendet ist. Das ganze öffentliche Leben Deutschlands wäre damit von vornherein auf eine neue gesetzliche Grundlage gestellt. Die Zeit wäre damit vorbei, in der bloße Gewalt rechtsetzend wirken kann. Heute ist es noch so, daß ein Diktator, der von rechts oder links unternehmen, an sich keinen strafbaren Umsturzversuch darstellt, da es eine Verfassung überhaupt noch nicht gibt. Von dem Augenblick an, zu dem die provisorische Verfassung in Kraft tritt, wird jedermann im Deutschen Reiche wissen, woran er sich zu halten hat und wovon er sich nicht verweisen darf, wenn er sich nicht empfindlichen Unannehmlichkeiten aussetzen will.

Der provisorische Verfassungsentwurf stellt uns auch sofort für den Neuaufbau des Reiches manchen im Entwurf des Staatssekretärs nicht vorgesehene Neuerungen in Aussicht. In dem Augenblick, in dem die Nationalversammlung den provisorischen Verfassungsentwurf angenommen haben wird, wird, wie schon gesagt, in kürzester Zeit geklärt sein, wie die soziale und auch auf Grund ihres eigenen Beschlusses zur Wahl eines Reichspräsidenten der Deutschen Republik schreiten müssen und diesem Reichspräsidenten wird sofort die Aufgabe zufallen, ein neues Reichsministerium zu ernennen.

Wir werden also vielleicht schon in den ersten Tagen nach dem 6. Februar einen Reichspräsidenten der Deutschen Republik, ein von ihm ernanntes, der Nationalversammlung verantwortliches Reichsministerium und eine von der Nationalversammlung beschlossene provisorische Reichsverfassung besitzen. Damit wird auch das Deutsche Reich wieder in einen Zustand kommen, in dem ihm die Verhandlungsfähigkeit nach außen von seiner Seite bestritten werden kann.

Eine grundsätzlich wichtige Neuerung enthält der provisorische Verfassungsentwurf auch in der Beziehung, daß er eine sofortige Mitwirkung der einzelstaatlichen Vertretungen an der Reichsregierung vorsieht. Der Entwurf des Staatssekretärs Frey hat die Bildung eines Staatenrates in Aussicht genommen, dessen Mitglieder von den einzelstaatlichen Parlamenten gewählt werden sollten, dessen Mitwirkung in der Reichsregierung aber erst mit dem Inkrafttreten der neuen endgültigen Verfassung begonnen haben würde. Der provisorische Verfassungsentwurf fordert jetzt schon die Errichtung eines Staatenrates, der ähnlich wie der alte Bundesrat gedacht ist und der in dieser Form bis zu dem Inkrafttreten der endgültigen Verfassung an der Reichsregierung mitwirken soll. Die Nationalversammlung müßte danach einen Teil ihrer Souveränität an den neuen Staatenrat abgeben. Im Falle einer Nichtübereinstimmung hätte der Reichspräsident die Entscheidung durch eine Volksabstimmung herbeiführen — ein Fall, der und hoffentlich erspart bleiben wird. Er könnte aber immerhin eintreten, solange nicht eine vollständige Übereinstimmung zwischen den

einzelstaatlichen Regierungen und den ihnen zugehörenden staatlichen Volksvertretern erzielt ist. Es wäre denkbar, daß der Staatenrat durch das Ernennungsrecht der einzelstaatlichen Regierungen einen politischen Charakter erhält, der von dem der Nationalversammlung stark abweicht, woraus sich dann die Gefahr von Konflikten ergeben würde. Wenn man also nicht davon einwilligt, daß die Souveränitätsrechte der Nationalversammlung bekräftigt werden und daß der einheitliche Wille, aus dem die neue endgültige Reichsverfassung entstehen soll, in Frage gestellt wird. Man wird dies nur tun, wenn sich eben kein anderer Ausweg bietet.

Eine andere Konfliktmöglichkeit des provisorischen Verfassungsentwurfs liegt in der Bestimmung, daß der Gebietsbestand der Freistaaten nur mit ihrer Zustimmung geändert werden kann. Das heißt, daß die Selbstverwaltung der von ihm angegriffenen Sonderstellung auch dann nicht erreichen kann, wenn die Mehrheit der Nationalversammlung und die des Staatenrates damit einverstanden sind, die Instanzen Preussens aber die Anerkennung hierfür verweigern.

Der parlamentarische Junge, der dem Entwurf einer provisorischen Verfassung anhaftet, läßt keine ungeteilte Freude an ihm aufkommen. Im Grundgedanken bleibt aber der Entwurf empfehlenswert, und man darf hoffen, daß es gelingen wird, ihm eine Form zu geben, die einen reibungslosen Übergang des Deutschen Reichs in neue, feste und freirechtliche Verhältnisse gestattet.

Schwere Wirtschaftsnöte.

Jeder Tag zeigt jetzt von neuem, daß unser Wirtschaftsleben von ungeheuren Gefahren bedroht ist. Die Hochkosten über die ungeheuren Schäden, die der Kohlenmangel anrichtet, werden immer häufiger. Dazu kommen immer lebhaftere Klagen darüber, daß seit dem Sommer die Leistungen unserer Arbeiter stark zurückgegangen sind. Gewiß, wir wissen sehr gut, daß die deutschen Arbeiter seit Jahr und Tag bei ungenügender Ernährung oft eine gewaltige Arbeit leisten mußten und daß ihre Arbeitskraft bis aufs Äußerste angegraben wurde. Es ist an sich begreiflich, daß jetzt die Spannkraft vieler Arbeiter nachläßt, ebenso wie es zu verstehen ist, daß diejenigen, die aus dem Felde zurückkehren und jahrelang aus ihrem Beruf verbannt waren, nicht gleich wieder daselbe leisten können wie früher. Aber unsere Arbeiter müssen sich darüber klar sein, daß wir aus den gegenwärtigen Nöten nur herauskommen, wenn mit der größten Energie gearbeitet wird. Nur dann können wir der Nahrungsmittelnot steuern, wenn wir reichlich Industrieerzeugnisse zur Verfügung haben, mit denen wir die Einbuße von Nahrungsmitteln bezahlen können.

Wie gefährdend der gegenwärtige Zustand ist, zeigt der Bericht über die Gesellschaftsversammlung des Kalifundfals, dem wir folgendes entnehmen:

Berlin, 29. Januar. In der heutigen Gesellschaftsversammlung des Kalifundfals berichtete der Vorsitzende über die trübselige Lage des deutschen Kalifundfals. Während man in dieser Zeit Kohlen und Kohlenmangel noch denken konnte, daß der Kohlen des Jahres 1918 den des Vorjahres nicht unwesentlich übersteigen und 12 Millionen Doppelzentner Mehrertrag bringen würde, brachten die Novembererkenntnisse eine plötzliche Abkühlung, die im Dezember zu einer fast vollständigen Wende. Infolgedessen sind im Jahre 1918 abgesetzt worden. Seit dem 19. November 1918 hat die Abgangsziffer zugenommen. Die meisten Kalifundfals haben wegen Kohlenmangels still, so daß an der Herstellung von Kohlen nicht zu denken ist. Die Zahl der aus der Arbeit zurückgebliebenen Arbeiter müssen daher trotz wesentlicher Höheren Löhnen unproduktiv beschäftigt werden. Die zwischen den Kalifundfals und den Gewerkschaften bestehenden Arbeits- und Lohnverträge, die abgelaufen sind, werden nicht erneuert.

Während die Arbeiter auch über Tage, weit über die im Juli vorigen Jahres durch Gesetz festgesetzte Lohnaufbesserung von täglich 3 Mark für Vollarbeiter hinausgehen, werden von den Arbeitern vielfach nicht gehalten. Auf verschiedenen Werken ist es bereits zu Gewalttätigkeiten gekommen. Diese Leute stehen vor der Frage, ihre Betriebe entweder gänzlich einzustellen oder bei Erfüllung der Arbeiterforderungen dem finanziellen Ruin entgegenzuarbeiten. So kommt es, daß die Kalifundfals weder arbeiten noch die gerade jetzt besonders wichtige Aufgabe, nach für die Befreiung von Düngeerzeugnissen an die heimische Landwirtschaft, die nach wie vor das Rückgrat der deutschen Volksernährung ist und bleiben wird. Die Vertiefung der Arbeitslosigkeit, der harte Rückgang der Tageslohnleistung der Arbeiter, die gewaltige Verzerrung aller Bedarfsartikel der Kalifundfals, besonders der Rohstoffe, die nicht zu reden von ihrer schlechten Beschaffenheit, seit Beginn dieses Jahres abwärts bis zu 50 Prozent im Preise gesunken ist, haben die Produktionskosten so gewaltig gesteigert, daß die im Juli 1918 durch den Reichstag festgesetzten Preise diese Kosten bei weitem nicht mehr decken, vielmehr fast verheerend sind und in Kürze die Werke zum Scheitern bringen müssen. Das ist eine Folge der Unmöglichkeit, Kohlen zu fördern und in den Fabriken zu verarbeiten, sowie durch den demnächst zu erwartenden Mangel an Selbstmitteln zur Küreerhaltung der Betriebe. Abgesehen von der ohnehin fast ausfallenden Frühjahrsabgabung der Kohlen wird auch die Herbstabgabung mit Kohlen aus Schwere gefährdet. Die rückständigen Aufträge der deutschen Landwirtschaft, deren Klagen über die ausbleibende Ware aus allen deutschen Ecken täglich in großer Zahl einlaufen, sind auf 140 000 Wagen gestiegen und rechnen sich von Tag zu Tag, ein Beweis, wie schwer der Rohstoffmangel liberal empfunden wird. Die Folgen werden sich besonders bei der diesjährigen Kartoffelernte bemerkbar machen.

Ein ebenso wenig erfreuliches Bild bietet ein Bericht über die Leistungen der preussischen Eisenbahnverwaltungen. Die preussischen Staatseisenbahnen haben seit Ausbruch der Revolution alles getan, um die Leistungsfähigkeit der Werkstätten zu erhöhen. Sie haben einerseits die Arbeiterzahl vergrößert, andererseits die notwendigen Privatbetriebe in möglichst weitem Umfange zu Reparaturarbeiten herangezogen.

Vor Kriegsausbruch im Jahre 1914 waren bei den preussischen Bahnen 70 800 Arbeiter in den Haupt- und Nebenwerkstätten beschäftigt. Diese Zahl ist während des Krieges erheblich gesteigert worden und betrug Anfang November 1918 108 500 Arbeiter, worunter sich 18 800 Frauen und 6750 Kriegsgefangene befanden. Seitdem wurde bis Ende Dezember 1918 die Zahl auf 140 140 vermehrt, darunter 10 700 Frauen und 140 Gefangene. Jetzt ist man schon bei 148 000 Arbeitern angekommen.

Von Anfang November bis Ende Dezember sind noch 4 300 Arbeiter neu eingestellt worden. Mit der Einstellung dieser vielen Arbeiter ging Hand in Hand die Einführung des Achtstundentags und eines zweischichtigen Arbeitssystems, durch das die tägliche Gesamtarbeitszeit auf 16 Stunden erhöht wurde. Das Ergebnis dieser zahlreichen Neueinstellungen und der Vergrößerung der Privatbetriebe hat nicht den Erwartungen entsprochen. Die Leistung ist viel mehr seitdem ganz bedeutend zurückgegangen. In den Sommermonaten 1918 wurden in den Haupt- und Nebenwerkstätten der preussischen Bahnen im Durchschnitt wöchentlich 830 Lokomotiven ausgedient. Diese Zahl ging im Laufe des November herab und betrug Anfang Dezember nur noch 790, Ende Dezember nur noch 680.

Von sämtlichen Lokomotivfabriken wurden für die preussischen Staatseisenbahnen im Sommer 1918 im Durchschnitt 176 Lokomotiven monatlich abgeliefert; im November 126, im Dezember nur noch 98. Besonders ungünstig sind die Verhältnisse in Berlin. Von der Firma Vomag wurden beispielsweise im Sommer 1918 monatlich im Durchschnitt 19 Lokomotiven an die preussischen Staatseisenbahnen abgeliefert, im November nur 6 und im Dezember gar keine.

Die Zahlen sprechen für sich selbst. Kohlenmangel hat bei dem Rückgang der Leistungen ebensowenig eine ausgleichende Rolle spielen können wie das Fehlen von Werkzeugen. Im großen und ganzen liegt es an den Arbeitern aufzuweisen, wie weit sie sich ihrer Verantwortung bewußt sind. Denn wenn sich die Verhältnisse nicht bessern, muß unser Bahnverkehr bald vollständig erlahmen.

Frauen in der Nationalversammlung

Unter den 421 Abgeordneten der Nationalversammlung sind 36 Frauen, davon 18 Sozialdemokraten, drei Unabhängige, 5 Demokraten, 6 christliche Volkspartei, drei Sozialdemokraten und eine Deutsche Volkspartei. Die drei weiblichen Mitglieder der Partei der Unabhängigen sind Luise Jies, Dora Krenz und Anna Kähler. Von den gewählten sozialdemokratischen Frauen sind am bekanntesten das Parteivorstandsmitglied Marie Juchacz und ihre in Köln gewählte Schwester Elisabeth Kähler, dann die Scheffelin und Mathilde Clara Schmidt-Saue und die Parteijournalistin Wilhelmine Kähler. Eine gute Werblerin ist auch Frau Minna Schilling in Berlin, und die Scheffelin Anna Wied, die Frau des württembergischen Ministerpräsidenten, gilt als eine Autorität in allen pädagogischen Fragen.

Unter den demokratischen Frauen in die Sozialdemokraten Gertrud Bäumer, Hermanns Mitarbeiterin, doppelt gewählt. Die Demokraten entsenden in die Nationalversammlung Frau Anna v. Gierke, die Tochter des bekannten Reichsleiters der Berliner Arbeiterbewegung, Frau Margarete Fehm, die eine Zahl von Parteimitgliedern gewinnbringend organisiert hat, Frau Dr. Käthe Schirmacher-Franke, eine alle Heimlich der Frauenrechte und sicherlich eine der nationalsten Persönlichkeiten der ganzen Nationalversammlung. Die christliche Volkspartei hat zwei Delegierten, eine Sozialdemokratin, eine Gewerkschaftsangehörige, eine Sozialistinnen und eine Witfrau in die Nationalversammlung gewählt. Bei der Deutschen Volkspartei ist Frau Clara Reuber, Vorkämpferin